

Katrin Reimer

Umkämpfte Vielfalt – Antirassistische Pädagogik zwischen *corporate diversity* und Ethnopluralismus

Die staatlich geförderte Bekämpfung von »Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus« steht – neben Toleranz und Demokratie – vor allem unterm Zeichen von »Vielfalt« und ist im »präventiv-pädagogischen Bereich« angesiedelt (BMFSJ 2007, 2). In den damit eröffneten Praxisfeldern werden Diversity-Seminare auch von linken Bildungsarbeiter/innen angeboten. Wie Karin Reindlmeier (2006, 28) feststellt, wird dabei »mit Auflistungen von sozialen Kategorien gearbeitet [...], die den im ›Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetz‹ (AGG) aufgeführten« entsprechen: »Rasse« reformuliert als »ethnische Herkunft«, Geschlecht/sexuelle Orientierung, Religion/Weltanschauung, Alter und Behinderung. Sie bemerkt, dass »Kategorien wie Klasse« oder »die Herkunft aus Ost- oder Westdeutschland« (ebd.) aus dem Blick geraten, entnennt damit aber das Entscheidende: Symptomal gelesen fehlt mit »Klasse« nicht eine neben anderen, sondern jene Kategorie, die die Zusammenhänge von Differenzen mit der Produktionsweise herstellen würde. Deren Beschaffenheit bedeutungsanalytisch aufzuschlüsseln ist Gegenstand dieses Beitrags. Dabei geht es um die Frage, wie *Vielfalt* im Übergang von der fordistischen zur transnationalen *High-Tech*-Produktionsweise in politische Kämpfe eingelassen ist. Auf dieser Grundlage lassen sich Hypothesen über *diversity*-pädagogische Praxisformen entwickeln, die ungewollt einer Reklamation der *Vielfalt* »von oben« folgen. Zugleich werden Gesichtspunkte deutlich, wie *Vielfalt* konzeptionell in einen pluralen Universalismus »von unten« eingebaut werden könnte.¹ Vor diesem Hintergrund möchte ich abschließend *diversity*-pädagogische Praxistheorien und didaktische Anordnungen unter der Fragestellung untersuchen, inwieweit sie eine solche Weiterentwicklung zulassen oder nicht.

1 Vgl. zur hier angedeuteten ideologietheoretischen Herangehensweise Rehmann (2004).

Vielfalt im Fordismus – Entstehung der Diversity-Pädagogik

Als mit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Staaten das Ende des Fordismus offenbar wurde, ergab sich rückblickend folgendes Bild der Transformation rassistischer Diskurse im postfaschistischen Westeuropa: Angesichts der auf einer differenzierten und flexiblen ›Rassen‹-Klassifikation beruhenden Verbrechen des Nationalsozialismus² entstand ein »Paradox semantischer Leere bei semiologischer Fülle« (Guillaumin, zit.n. Haug 2000 [1992], 78). Der Term ›Rasse‹ ist als »belastet [...] aus der Offizialsprache verschwunden, was er bedeuten sollte, zog andere Namen über sich« (ebd.). Für Großbritannien (Miles 1989, Hall 1989), Frankreich (Balibar 1988) und die Bundesrepublik Deutschland (Morgenstern 2002) wurde die Entstehung einer neuen diskursiven Anordnung relativ übereinstimmend beschrieben: Der Neo-Rassismus unterteilt ›die Anderen‹ »entlang des Kriteriums ›kulturelle Identität‹ – erkennbar ebenso an Haar- und Hautfarbe wie an Sprache, Kleidung und Auftreten – in verschiedene Kategorien, denen eine scheinbar neutral bestimmbare Differenz zur ›deutschen Kultur‹ zugeschrieben wird« (478). Die für Rassismen konstitutiven Elemente Natur/Kultur³ wechseln zugunsten einer Dominanz des letzteren den Platz, wobei »kulturelle Identität« im Ethnopluralismus als ebenso stabil, homogen und nach außen abgrenzbar verstanden wird wie ›Rasse‹. Die politische Vision dieser von der Neuen Rechten bis zur CDU/CSU reichenden Strömung ist die eines ethnischen Pluriversums (Birsl), des Nebeneinanders homogener Völker möglichst in ›ihrem‹ Land.

Sie trägt ihre ›Achtung vor kultureller Differenz‹ zur Schau und kommt antirasistisch daher: Weil das Aufeinandertreffen unterschiedlicher Kulturen naturwüchsig zu ›Konflikten‹ führe, diene die radikale Begrenzung von Einwanderung etc. dem sozialen Frieden. Die Gegenbewegung des Multikulturalismus strebt zwar ein produktives Miteinander von Menschen unterschiedlicher Herkunft innerhalb des Staates an, geht aber ebenfalls »von den Begriffen, Kategorien und Klassifizierungen

- 2 »Zu den apologetischen Mythen gehört es, den nazistischen Rassismus zu identifizieren mit einem ausschließlich somatischen Ansatz.« (Haug 1986, 62). Tatsächlich bildeten Zucht und Züchtung »Pole im Nazismus« (ebd.): Vorwiegend somatisch argumentierenden Zucht-Theoretikern standen andere gegenüber, die seelisch-geistige ›Rasse‹-Merkmale und – mit Blick auf die potenziell zur Volksgemeinschaft Gehörenden – deren Bildung als Aufgabe betonten (vgl. 62ff). ›Rasse‹-Definitionen und Verbrechen beruhten auf Kämpfen und Kompromissen zwischen Fraktionen innerhalb des nazistischen Blocks. Vgl. exemplarisch Herbert (1999, 153ff) zum Umgang mit Bürger/innen der Sowjetunion.
- 3 Wie in Fußnote 2 für den nazistischen Rassismus angedeutet, artikulieren die historischen Formen des Rassismus, anders als die heute gängige Unterscheidung von ›biologistischem‹ und ›kulturalistischem‹ Rassismus nahe legt, beide Elemente miteinander, wenn auch in einem spezifischen Dominanzverhältnis (vgl. Priester 2003, Miles 1991, 42ff).

des kulturalistischen Rassismus« aus und wird deshalb als Teil des Neorassismus bestimmt (Morgenstern 2002, 474). Aus dieser Perspektive wird auf ›ethnisch-kulturelle Differenz (im Singular) abhebende – interkulturelle – Pädagogik problematisch: In ihrem Bemühen, die angenommene ›Unvermeidlichkeit des Eingebundenseins in die Denk- und Wertgrundlagen der eigenen Lebenswelt« bewusst zu machen, ›Umgehen mit der Befremdung« zu ermöglichen und möglicherweise ›Abwehr in Faszination« (Nieke 2000, 205f) zu verwandeln, lässt sie die Produktionsweisen von Differenz unbefragt, bewegt sich im Rahmen des im Abstrakt-Kulturellen⁴ Sagbaren und reproduziert darin die bipolare Entgegensetzung und Homogenisierung ›deutscher‹ und ›nicht-deutscher‹ Kultur. Eine Lösung dieses Dilemmas schien darin zu bestehen, kulturelle Differenz zu vervielfältigen: Pädagogische ›Diversity‹-Ansätze bearbeiten heute nicht nur Hierarchien zwischen Menschen mit/ohne Migrationshintergrund, sondern auch zwischen Homo-/Heterosexuellen, Frauen/Männern, Behinderten/Nicht-Behinderten etc. Teils wird damit auch die Hoffnung verbunden, die wechselseitige Determinierung von Rassismen, Geschlechter- und Klassenverhältnissen etc. in der realen Lebensweise einholen zu können (zum Konzept der ›Intersektionalität« vgl. Leiprecht/Lutz 2005, 219f). Die Realisierung dieses sinnvollen Anspruchs wird jedoch erschwert, weil in den wissenschaftlichen Referenzdisziplinen kritischer Bildungsarbeit die Einbettung ethnopluralistischer wie ›multikultureller« Reklamationen von *Vielfalt* in die trans-nationale Produktionsweise ebenso unterbelichtet bleiben wie deren Zusammenhänge mit individuellem Denken/Handeln. Wie diese wesentlichen Verbindungslinien beschaffen sind, soll nun ansatzweise gezeigt werden.

Vielfalt im transnationalen Kapitalismus

Bis heute bleibt in der Rassismustheorie weitgehend unbeachtet, was Wolfgang Fritz Haug bereits Anfang der 1990er als im Zuge neoliberaler Globalisierung möglicherweise entstehenden ›Neorassismus« in die Diskussion brachte:

Es ist im Interesse der transnationalen Konzerne, dass sie in allen Kontinenten ihre Mitarbeiter rekrutieren können. Die transnationale Führungselite wird sich bis zu einem gewissen Grad in *united colours* präsentieren, ausgestattet mit *corporate identity*, während das Nicht-Identische dieser Welt als globales Subproletariat vegetieren mag. (2000 [1992], 92)

4 ›Kultur‹ wird im interkulturellen Mainstream nicht als Lebensweise im Sinne Gramscis oder als ›feine Unterschiede‹ im Sinne Bourdieus verstanden, sondern von ihrem Zusammenhang mit der Produktionsweise abgekoppelt.

In der medialen Repräsentation der USA ist diese Tendenz deutlich ausgeprägt. Im *New York Times Magazine* vom September 2007 stellen *African, Chinese, Indian, Mexican* und *White Americans*, darunter überwiegend Frauen, das Gesicht von zehn trans-national operierenden Unternehmen. Eingeleitet wird diese 20-seitige Anzeigenserie mit knapp 100 kleinen Portraitfotos, auf denen möglichst jegliche partikuläre Identität gezeigt wird – inklusive von jeweils zwei Frauen und Männern als Zeichen für Schwule und Lesben. Das Motto lautet: »Leadership in Diversity and Integration«. In der Einleitung wird beklagt, dass *Corporate America* noch darum ringt, mit seiner tatsächlichen Vielfalt umzugehen, während die innovativsten Unternehmen bereits neue Wege gefunden haben, um Vielfalt in ihrer Unternehmenskultur zu fördern – und zwar mit profitablen Ergebnissen.

Was aus liberaler Sicht als progressiv erscheint, trägt den Keim einer neo-rassistischen Tendenz insofern, als nicht mehr »bestimmte ›Rassen‹ als ›minderwertig‹ angesehen, sondern »in allen ›Rassen‹ die ›Minderwertigen‹« (92) fallen gelassen werden könnten – zumal, wenn diese Elitenbildung sich mit der chirurgisch und durch Arbeit an sich selbst bewerkstelligten Optimierung der Körper verbände.⁵ Die Klassenschranke wäre dann zugleich eine dieser so definierten ›Rassen‹, die globale Elite eine vielfältige ›Bio-Meritokratie‹ (Haug) – mit ebenso vielfältig-fragmentierten Klassen am anderen Ende.⁶ Soweit die Neu-Zusammensetzung der transnationalen Elite als meta-ethnische und -sexuelle sich real durchsetzt oder

- 5 Die Verbindung von meta-ethnischer Elitenbildung und neoliberalen Gesundheitsdiskursen bzw. Körpertechnologien kann an dieser Stelle nicht verfolgt werden. Vgl. zu deren (proto-)faschistischem Potenzial Hofmeister in diesem Band.
- 6 Die Betonung einer Konvergenz von Klassen-›Rassen‹-Schranken bereitet oft Verständnisschwierigkeiten, wird doch davon ausgegangen, dass ›Rasse‹ quer zu Klassengegensätzen liegt und auf die Produktion einer ethnisch homogenen Nation zielt. Ein Blick in die Sozialgeschichte des Rassismus zeigt jedoch, dass diese Formation auch in der für solche Rassismus-Begriffe einschlägigen Referenzphase des 18./19. Jahrhunderts *nur eine* neben einem aristokratisch-reaktionären und einem bürgerlich-progressiven ›Rasse-Klasse-Denken war: »Von Gobineau bis Nietzsche hatten sich alle Degenerationstheorien [...] an aristokratischen Idealen orientiert. Sie waren darauf ausgerichtet gewesen, den Adel als [...] edleren Menschentyp von der Masse mit ihrem Herdentrieb abzuheben.« (Priester 2003, 212) Für Gobineau gehört »die Vorstellung, dass das ›Vaterland‹ gleichzusetzen sei mit Volk und Ethnie [...], ins diskursive Arsenal der Gegenseite [...] des aufstrebenden Bürgertums« (82). Innerhalb des letzteren stehen um die Wende zum 20. Jahrhundert den Sozialreformern sozialdarwinistische Wirtschaftseliten gegenüber, die »mit der aristokratischen Sehnsucht Nietzsches wenig anfangen« (215) können: Für sie ist der »moderne Unternehmer [...] aus dem allgemeinen Wettbewerb durch natrliche Auslese hervorgegangen. ›Das Hauptergebnis meiner Kritik scheint mir [...] darin zu bestehen, dass die befähigten Leute oben hin gehören und die unfähigten nach unten hin ...‹« (ebd.). Dem zitierten Sozialanthropologen Ammon geht es um eine Rassifizierung der als natürlich verklärten Klassenschranken: die »Wirkung des Darwinschen Ausleseprinzips glaubte er durch die anthropologischen Unterschiede von Stadt- und Landbevölkerung und von Ober- und Unterschicht nachweisen zu können.« (216)

United Colours and Sexes zur Chiffre des globalisierten Kapitalismus wird, könnte auch traditioneller – kulturalistischer wie biologistischer – Rassismus »eine bewusstlos wütende Reaktion auf den vordringenden Neorassismus« (ebd.) werden, ein in ideologischen Formen befangener Protest des »Nicht-Identischen dieser Welt«, soweit dieses zum nationalstaatlich dominanten ›ethnischen‹ Kollektiv zählt. So artikulieren ›herkunftsdeutsche‹ Leiharbeiter eines Automobilherstellers ihren Rassismus in einer Arbeitssituation, in der sie Vorarbeiter ›mit Migrationshintergrund‹ haben: Sie sehen sich »als ›Ablassventil‹ von Ausländern« und »reagieren ihrerseits mit fremdenfeindlichen Klassifikationen. Aus ihrer Sicht werden tolerante Haltungen [...] ausgerechnet von jenen zur Norm erklärt, die die Verantwortung für die schwierige Situation von (Leih-)Arbeitern tragen. Dass diese ›Kosmopoliten‹ ihre Normen im Zweifel auch mit repressiven Mitteln durchsetzen, erzeugt Ablehnung« (Dörre 2006, 159). Rassismus erscheint hier als ideologisch formierter Protest gegen Mechanismen des globalisierten Kapitalismus, subjektiv repräsentiert in der Figur ›nicht-deutscher‹ Vorgesetzter und eines ›kosmopolitischen‹ Managements als Repräsentanten der meta-ethnischen Eliten. – Obwohl für die bundesdeutsche Klassen-Zusammensetzung gerade eine ethnisierte *Unterschichtung* kennzeichnend ist,⁷ lohnt es sich zu prüfen, inwieweit die negative Dialektik von Neo- und Gegenrassismus auch in Deutschland auszumachen ist. Wäre sie virulent, ginge eine diesbezüglich unkritische Pädagogik der Vielfalt an einem wesentlichen Wirkungszusammenhang des Gegenrassismus vorbei und würde zum Zuträger des Neorassismus.

Neorassistische Unternehmensführung in Deutschland?

Auf der Suche nach meta-ethnischen und -sexuellen Unternehmensstrategien hierzulande wird man nicht so schnell fündig.⁸ Während »etwa 90 Prozent der führenden Unternehmen aus den USA (Fortune 500) [...] eine Diversity-Politik« verfolgen, tun dies in Deutschland Schätzungen zufolge »bislang allenfalls 50 Unternehmen« (Stuber 2005, 2). Entsprechende Außendarstellungen sind nicht gerade Legion:

Siemens setzte einen *United-Colours*-Werbespot in die PrimeTime vor der Tagesschau, in zielgruppenspezifischen Magazinen werden vor allem schwule Männer als potente Kunden angesprochen. Als systematischere Initiative mag die *Charta der*

7 Ein Indikator ist der Umstand, dass Menschen ohne deutsche Staatsangehörigkeit überdurchschnittlich von Arbeitslosigkeit betroffen sind (vgl. Statistisches Bundesamt 2006, 103f).

8 Die Kampagne »Du bist Deutschland« sowie die Inszenierung der Fußball-WM unter dem Motto »Zu Gast bei Freunden« könnten allerdings auch als Kampagnen zur Produktion einer Lebensweise analysiert werden, die trans-nationalen Verwertungsstrategien förderlich ist. Dass der WM-Patriotismus nicht zum Abbau von ›Vorurteilen‹ geführt hat, zeigen Becker u. a. (2007).

Vielfalt gelten, in deren Kontext Ende 2007 auch der erste Fachkongress *Diversity Management* stattfand. Die *Charta* wurde Ende 2006 auf Initiative der Deutschen BP in Zusammenarbeit mit DaimlerChrysler, der Deutschen Bank und Deutschen Telekom in Anwesenheit der Integrationsbeauftragten des Bundes, Maria Böhmer, und unter der Schirmherrschaft von Bundeskanzlerin Angela Merkel unterzeichnet. Dass es um Zukunftsmusik geht, verdeutlicht der Umstand, dass die Unterzeichnenden fünf Weiße sind, vier Männer und nur eine Frau. Kerngedanke des Projekts angesichts der »Vielfalt der modernen Gesellschaften, beeinflusst durch die Globalisierung und den demografischen Wandel« ist: »Wir können wirtschaftlich nur erfolgreich sein, wenn wir die vorhandene Vielfalt erkennen und nutzen« (*Charta*). Dies gilt für alle relevanten Bezugsgruppen in der Unternehmensentwicklung: Belegschaften, Geschäftspartner sowie Kundinnen und Kunden. In die unternehmensinterne Nicht-Diskriminierung einbezogen werden die Kategorien Geschlecht, »Rasse«, Nationalität, ethnische Herkunft, Religion oder Weltanschauung, Behinderung, sexuelle Orientierung und Identität (vgl. ebd.). Als konkreter Nutzen für die Unternehmen wird die Transformation von »Wertschätzung« in »Wertschöpfung« genannt: »Anerkennung führt zu Motivation und der Bereitschaft, sich einzubringen«, dem Unternehmen stehen »mehr Ressourcen an Kreativität und Ideenreichtum zur Verfügung«, eine »offene Unternehmenskultur öffnet den Zugang zu neuen Arbeitsmärkten und damit Talenten« und schließlich werden nur Unternehmen mit einer »vielfältigen Belegschaft eine vielfältige Kundschaft ansprechen, erreichen, zufrieden stellen und halten können« (*Charta/Nutzen*). »Vielfalt« als Moment von *corporate identity* ist also Mittel zum Zweck der Produktivitätssteigerung von Arbeitskraft, der Verbreiterung des Pools, aus dem diese abgeschöpft werden kann, der Optimierung von Beziehungen in trans-nationalen Arbeitsteilungs- und Wertschöpfungsketten und von Warenästhetik als wichtigem Element der Mehrwertrealisierung.⁹ Zum Umfeld der *Charta*-Initiative gehört neben einer kleinen, noch im Aufbau befindlichen *International Society for Diversity Management* die Böll-Stiftung mit einem rudimentären *Dossier Managing Diversity*, in dem überwiegend »Chancen für Organisation und Institutionen im profit wie non-profit-Sektor« aufgezählt werden.

Mit Blick auf das Materialstück *Charta* scheint es, als ob diese Kräfte und damit ein Element neorassistischer Tendenzen im Sinne Haugs in Deutschland zwar vorhanden, aber eher randständig seien. Und da die Beteiligung an der *Charta*-Initiative *auch* möglichen Klagen auf der Basis des Allgemeinen Gleich-

9 Als eigenständiges Untersuchungsfeld müssten Unternehmen, soweit sie »Vielfalt« in ihre Managementstrategien einbauen, als widersprüchliches Praxisfeld daraufhin untersucht werden, inwieweit Arbeitnehmer/innen ggf. tatsächliche Verbesserungen ihrer Arbeitssituation durchsetzen können. Unabhängig davon geht es hier um die Identifikation meta-ethnischer Strategien »von oben«.

behandlungsgesetzes (AGG) vorbeugen soll, scheint Diversity-Politik noch eher erzwungen zu sein, denn aus kalkulierte Partikularinteresse verfolgt zu werden. Die Frage nach den wirklichen Kräfteverhältnissen und Interessenlagen im Feld der Vielfalt, und damit einer möglichen neorassistischen Tendenz, lässt sich auf dieser schmalen Materialbasis nicht beantworten. Dies erforderte eine gründliche Untersuchung der Auseinandersetzungen um Migrations- und Integrationsregime, deren Richtung hier nur angedeutet werden kann.

Reklamationen von Vielfalt im neoliberalen Block

Ein geschichtlicher Block gewinnt »seine Stärke ›spontan in den geschichtlichen Phasen«, in denen die ihn tragende ›gesellschaftliche Gruppe wirklich progressiv ist [...]‹ (Gramsci)[...] – im Falle des Neoliberalismus konkret durch das Management des Übergangs zur hochtechnologischen Produktionsweise und die Transnationalisierung der gesellschaftlichen Verhältnisse« (Candeias 2004, 334). Letzteres wird wesentlich durch Migrationsregime geleistet, die darüber entscheiden, ob (und wie) Menschen eine Grenze überschreiten und welche sozialen und politischen Rechte ihnen zukommen (vgl. Karakayali/Tsianos 2002, 246ff). Entsprechende Kernpunkte der Überwindung des fordistischen Migrationsregimes unter der rot-grünen Regierungskoalition waren die Transformation des Staatsbürgerschaftsrechts, konkret die Durchbrechung des Abstammungsprinzips (*ius sanguinis*) zugunsten des Territorialprinzips (*ius soli*), sowie die Öffnung des korporatistisch regulierten Arbeitsmarktes¹⁰ für den Wettbewerb um globale ›Spitzen‹-Arbeitskräfte.¹¹ Der damalige Innenminister Otto Schily hatte im Juli 2000 die »Unabhängige Kommission Zuwanderung« unter Vorsitz von Rita Süßmuth (CDU) eingesetzt. Deren im Juli 2001 präsentierter Bericht plädierte im Hinblick auf Arbeitsmigration für »die erleichterte dauerhafte Einwanderung von Spitzenpersonal aus Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung sowie von Existenzgründern mit ihren Fami-

10 Karakayali/Tsianos (2002, 249) zeigen, dass die Kompromissbildung zum fordistischen Migrationsregime »nicht die Form eines politischen ›Kampfs‹ annahm, sondern »sich eher auf dem Niveau einer Einflussnahme auf die Staatsapparate« abspielte, also einer Abstimmung zwischen Interessenvertretungen. Obwohl die damalige Öffnung des Arbeitsmarktes auch die Funktion hatte, das Lohnniveau zu drücken, protestierten die Gewerkschaften kaum, weil ihre Klientel – deutsche, männliche Facharbeiter – »den Fahrstuhl nach oben betreten«, während den Gastarbeiter/innen »all jene Arbeitsplätze zukamen, die einer möglichen Modernisierung zum Opfer gefallen wären«. (251) Unter rassismustheoretischen Gesichtspunkten ist insbesondere die Geschichte der Auseinandersetzung um das Inländerprimat von Bedeutung, die hier aber nicht verfolgt werden kann.

11 Volle staatsbürgerliche Rechte, d.h. auch dauerhaftes Niederlassungsrecht, wären eine optimale Voraussetzung für die Anwerbung Hochqualifizierter. Es kommt hier v.a. auf die ursprüngliche Intention an (zum weiteren Schicksal der Staatsbürgerschaftsrechtsreform vgl. Reilandt 2002).

lienangehörigen« sowie »die Einwanderung von hochqualifizierten Arbeitskräften, die – durch ein transparentes Punktesystem ausgewählt – eine dauerhafte Aufenthaltsperspektive erhalten sollten« (Reißlandt 2002, 22). Zustimmung zur »Sicherung des ›Wirtschaftsstandorts Deutschlands« und den Einstieg in den »›weltweiten Wettbewerb um die besten Köpfe« kam »von den Bündnisgrünen über SPD und FDP bis zu den Unternehmerverbänden« (ebd.), letztere hielten allerdings »die empfohlenen Zuzugszahlen für zu niedrig und kritisierten [...] z. B. den Inländervorrang und die Einzelfallsprüfung bei der Stellenbesetzung« (25).

Die CDU mobilisierte an entscheidenden Punkten *gegen* die vollständige Liberalisierung von Staatsbürgerschaftsrecht und Arbeitsmarkt, und zwar in etwa so, als ob sie die hoch-technologische Produktionsweise *ohne* die dazu gehörenden Verkehrsverhältnisse wollte – jedenfalls soweit dies die trans-nationale Zirkulation von Arbeitskraft, nicht Kapital in Form von Waren oder Geld, betrifft. Kurz vor der hessischen Landtagswahl im Februar 1999 starteten CDU/CSU eine bundesweite Kampagne gegen die doppelte Staatsbürgerschaft, die Bestandteil des Mitte Januar vorgelegten Gesetzentwurfs der Bundesregierung zur Reform des Staatsbürgerschaftsrechts war – mit dem Erfolg, dass das zuvor in Umfragen hinter rot-grün zurückliegende schwarz-gelbe Bündnis unter Koch auf dem Ticket ›gegen Ausländer« gewann. Ähnlich agierte ein Jahr später der CDU-Ministerpräsidentenkandidat Jürgen Rüttgers im NRW-Landtagskampf. Bundeskanzler Schröder hatte zuvor

in seiner Rede zur Eröffnung der Computermesse CeBit am 23. Februar 2000 in Hannover, von den Arbeitgebern und ihren Verbänden gedrängt, eine stärkere branchenbezogene Öffnung des Arbeitsmarktes für ausländische Spezialist(inn)en an[gekündigt]. Daraus entstand seine äußerst medienwirksame Green-Card-Initiative, die einem Kontingent von 20 000 IT-Experten einen auf fünf Jahre befristeten Aufenthalt in der Bundesrepublik ermöglichen sollte, einen Familiennachzug jedoch ausschloss. (Reißlandt 2002, 17)

Die Regelung trat am 1. August 2000 in Kraft. Während die FAZ lobte, »dass der Kanzler die Ausländerpolitik erstmals mit deutschen Interessen und nicht nur mit deutschen Verpflichtungen in Verbindung brachte« (15.7.2000), polemisierte Rüttgers in der WAZ (8. März 2000): »Statt Inder an die Computer müssen unsere Kinder an die Computer.« Und anstelle großzügiger Einwanderung von Spitzenkräften, wie von der Süsmuth-Kommission empfohlen, hatte die CDU »mehr Weiterbildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen für Erwerbslose und hier lebende Migrant(inn)en« (Reißlandt 2002, 24f) gefordert. Teile der Konservativen treten hier gegen eine Verschärfung der Konkurrenz auf dem Arbeitsmarkt und für eine Ausbildungs- und Familienpolitik im Interesse der ›einheimischen« Bevölkerung auf. Die rassistische Reartikulation der sozialen Frage zielt auf Stimmengewinne in der prekarierten Mehrheitsbevölkerung, wenn auch Minderheiten-Interessen rhetorisch angespro-

chen werden. Insgesamt intervenieren konservative Fraktionen in den Diskurs von Rot-Grün und Teilen der Wirtschaftseliten (s. FAZ), die mit Verweis auf den demografischen Wandel um Zustimmung für liberale Einwanderungspolitik jenseits der klar definierten Partikularinteressen trans-national orientierter Kapitalfraktionen werben:

Bevölkerungsrückgang und Alterung haben voraussichtlich unerwünschte Auswirkungen auf die wirtschaftliche Entwicklung [...]. Selbst bei moderater Zuwanderung wird sich die für die sozialen Sicherungssysteme bedeutsame Alterslast innerhalb von 50 Jahren verdoppeln. (Bericht der Unabhängigen Kommission Zuwanderung 2001, 27)

Die offen rassistische (Koch) bzw. ins Rassistische hinüberschillernde (Rüttgers) CDU/CSU-Opposition *gegen* ein ›rein‹ neoliberales Migrationsregime ist Element einer Integrationsdynamik in einen Neoliberalismus konservativer Prägung. Kaum an der Macht, setzten die konservativ-liberalen Koalitionen in NRW und Hessen Kernpunkte der neoliberalen Agenda um. Wie am Beispiel des schwarz-gelben Umbaus des Bildungssystems in NRW gezeigt werden kann, läuft diese konservative Variante auf eine Desintegration der unteren sozialen Schichten und verschärfte Elitenbildung hinaus, und befördert zugleich die *Ethnisierung* der von ihr hervorgerufenen Klassen-Spaltung im Sinne ungleicher Unterschichtung und rassistischer Wahrnehmung der Prekarisierung auf Seiten von Mehrheitsangehörigen.

Durch das Mitte 2006 erlassene Schulgesetz wird der selektive Charakter des deutschen Schulsystems¹² verstärkt, obwohl die Verpflichtung der Haupt- und Realschulen, jährlich zu prüfen, ob ein/e Schüler/in in die Realschule bzw. das Gymnasium ›aufsteigen‹ kann, das Gegenteil suggeriert. Faktisch wird die ohnehin schon geringe Durchlässigkeit des Schulsystems durch die Einführung des ›Turbo-Abiturs‹ verhindert: Der gymnasiale Lernstoff der Sekundarstufe I wird nun in fünf statt sechs Jahren vermittelt, während die Realschullehrinhalte weiterhin über sechs Jahre verteilt werden; Realschüler/innen haben daher kaum noch Chancen, im Rahmen ihres regulären Unterrichts das Gymnasialniveau zu erreichen. 2007 hob die Landesregierung eine Regelung auf, der zufolge Eltern ihre Kinder an einer Grundschule ihres Wohnortes anmelden mussten. Die Existenz dieser Grundschulbezirke sorgte für eine relative soziale Durchmischung, weil in den Ballungszentren

12 In den PISA-Studien wurde festgestellt, dass der »Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und erworbenen Kompetenzen [...] in keinem Land enger als in Deutschland« (Stanat u. a. 2000, 13) ist. »Etwa die Hälfte der Jugendlichen aus den höchsten Sozialschichtgruppen besuchen das Gymnasium, während nur wenig mehr als 10 Prozent der Jugendlichen aus Arbeiterfamilien in dieser Schulform anzutreffen sind. Das Pendant dazu ist die Hauptschule, die von fast 40 Prozent der Jugendlichen aus Arbeiterfamilien besucht wird, aber von nur gut 10 Prozent der Jugendlichen aus der Oberschicht.« (12f)

Mittelschichten auch in Arbeitervierteln wohnen. Seit ihrer Abschaffung beobachten Praktiker etwa im ›sozial schwachen‹ Essener Norden, dass Mittelschichtfamilien ihre Grundschul Kinder in den wohlhabenderen Süden fahren. Über das Schulsystem wird also eine soziale Entmischung produziert, die aufgrund der ethnisierten Unterschichtung insbesondere auch Kinder ›mit Migrationshintergrund‹ betrifft.¹³ Angesichts der Tradition, Lernprobleme, Jugendkriminalität etc. nicht als vermitteltes Resultat von Deklassierung und räumlicher Segregation zu begreifen, sondern als ›Ausländer-Problem zu klassifizieren, wird es ein Leichtes sein, Solidarisierungen zwischen Betroffenen mit und ohne Migrationshintergrund mittels konjunktureller Medienkampagnen zu durchkreuzen. Der ›stumme Zwang‹ eines derartig formierten Schulsystems führt bereits an sich zu Deklassierung/Eliten-Bildung, weil es Kindern aus sozial schwächeren Familien erschwert wird, die formellen Voraussetzungen eines Hochschulstudiums zu erreichen. Diese Tendenz wird durch die direkte Privatisierung von Bildungskosten noch verstärkt: Entgegen dem Wahlversprechen müssen Empfänger von ALG II oder von Zuweisungen nach dem Asylbewerberleistungsgesetz sowie Geringverdiener nach wie vor einen Eigenanteil für Lernmittel aufbringen (Erstausstattung und laufende Kosten wie Schulranzen, Hefte, Stifte, Bücher sowie Klassenfahrten). Zudem wurde den Hochschulen des Landes im März 2006 gesetzlich freigestellt, Studiengebühren zu erheben, woraufhin die Anzahl der Erstsemester um 11,7% zurückging (fzs 2008). Der Trend, dass vor allem Kinder aus sozial starken Familien überhaupt ein Studium aufnehmen (ebd.) wird sich verstärken, weil die bis zum Schulabschluss bereits relativ hohen privaten Bildungskosten die Bereitschaft und Möglichkeit verringern, jungen Erwachsenen einen Weg in die höhere Bildung zu ermöglichen, selbst wenn sie die formellen Voraussetzungen erfüllen. Studiengebühren führen in einen Teufelskreis, der den Zugang zu höherer Bildung nach sozialen Kriterien verschärft: Um Lebenshaltungskosten und Gebühren zu decken, muss mehr Zeit für Erwerbstätigkeiten aufgewendet werden, dadurch verlängern sich Studienzeiten, was wiederum eine höhere Belastung durch Gebühren sowie Schulden nach sich zieht.

Es handelt sich also um zwei Strömungen im neoliberalen Block, die Vielfalt unterschiedlich einsetzen. Zugespitzt gesprochen steht rot-grün für die Liberalisie-

13 Bereits bisher galt: »Eine entscheidende Hürde ist der Übergang von der Primar- in die Sekundar- schule: Dreimal so viele deutsche wie ausländische Kinder wechseln von der Grundschule auf ein Gymnasium; je nach Bundesland wiederholen ausländische Schüler/innen im Vergleich zu deutschen zwei- bis viermal so oft eine Klasse, und fast doppelt so viele ausländische Schüler/innen (40 gegenüber 24 Prozent) verlassen die Schule nur mit einem Hauptschulabschluss.« (Kürger-Potratz 2005, 65)

rung von Einwanderung, ohne die mit ihr einhergehende Klassen-Fragmentierung zu adressieren, während die CDU die Interessen der von zunehmender Konkurrenz betroffenen »Deutschen« im Rahmen ihrer konservativen Variante neoliberaler Politik aufnimmt, die die Desintegration breiter Bevölkerungsschichten – hier: aus der höheren Bildung und damit vom Zugang zu qualifizierten Arbeitsplätzen – befördert. Die überkommene ethnisierte Unterschichtung wird verstärkt, und zugleich Material für die rassistische Verschiebung der resultierenden Konflikte bereitgestellt. Die Positionierung für oder wider ›Vielfalt‹ im neoliberalen Block ist dementsprechend gegensätzlich: Liberalisierung des Arbeitsmarktes steht für Vielfalt mit Tendenz zum Neorassismus (Haug), während deren konservative Ablehnung die verschärfte Konkurrenz in ideologischer Form aufgreift. Auf diese Weise organisiert die rechtspopulistische CDU-Strategie *Zustimmung für* neoliberale Politik und gehört insofern zu einem anderen Wirkungszusammenhang als rechtsextreme Mobilisierung, die sich mit einem Ethnopluralismus in Reinform *gegen* neoliberale Globalisierung richtet.

Die NPD als Organisationsform eines Gegenrassismus von unten?

Die Durchsetzung des Neoliberalismus in Deutschland basierte zwar auf breiter Zustimmung, produzierte aber auch eine ›Krise der Repräsentation‹ (Gramsci): Nach dem Einschwenken der Sozialdemokratie auf den ›Dritten Weg‹ und dessen sichtbar werdenden negativen Folgen werden »im herrschenden Parteienspektrum die Interessen von relevanten Teilen der Bevölkerung nicht repräsentiert« (Kaindl 2006, 63).¹⁴ In dieser Phase, nämlich unter dem seit 1996 amtierenden Vorsitzenden Udo Voigt, formiert sich die NPD als dominant nationalrevolutionäre Partei (vgl. Staud 2006, 69), stößt also in die entstehende Repräsentationslücke hinein. Mobilisierungs- und Wahlerfolge der NPD gelingen »mit der Kritik der Auswirkungen der neoliberalen Globalisierung auf die Lebens- und Arbeitsbedingungen der Menschen« (Kaindl 2006, 63): In den Publikationen, mit denen sich die NPD an mehrheitsdeutsche Bevölkerungsschichten wendet (Wahlkampfplakate, Flugblätter, Demo-Transparente, Internetauftritte)¹⁵, findet sich als zentrale Botschaft, dass die Partei für »Soziale Gerechtigkeit« (Homepage-Banner) steht, und zwar

14 In traditioneller Sozialforschung scheint diese Diskrepanz zwischen Interessen der Bevölkerung und deren mangelnder politischer Artikulation im parlamentarischen System als Politikverdrossenheit auf: 2002 waren 57% der Bevölkerung der Meinung, »dass eine politische Einflussnahme als Bürger nicht möglich ist« (nach Candeias 2004, 336). Weitere Anzeichen für eine tiefe Krise des parlamentarischen Systems sind die zurückgehende Wahlbeteiligung und die schwindende Mitgliederbasis demokratischer Parteien.

15 Flugblätter z.Hd. der Autorin. Zugriffe auf Internet-Seiten im Oktober 2007 bzw. Mai 2008.

exklusiv für ›ethnisch Deutsche‹, denn »sozial geht nur national« (Kampagne zur Wahlzulassung in Niedersachsen). Die NPD bietet sich an als Kämpferin für die Interessen *deutscher* Familien an besserer finanzieller und organisatorischer Unterstützung etwa durch Kita-Plätze, *deutscher* Arbeitsloser an Arbeitsplätzen, *deutscher* Frauen an Anerkennung und Aufwandsentschädigung für ihre reproduktiven Leistungen, *deutscher* Rentner/innen und Arbeitnehmer/innen an Sicherung ihrer Ansprüche aus den Sozial- und Krankenversicherungssystemen (NPD-Flugblätter aus dem Berliner Wahlkampf 2006). Durchzusetzen gedenkt sie diese Ziele auf Kosten all jener, die aus ihrer Sicht keine *ethnisch Deutschen* sind – sie sollen »aus dem deutschen Sozial- und Rentenversicherungssystem ausgegliedert« (NPD-EU-Wahlkampfblatt 2004) oder »rückgeführt« werden, wie es etwa im Antrag auf Umbenennung der Integrationsbeauftragten einiger Berliner Bezirke in »Beauftragte für die Rückführung von Ausländern« oder etwas deutlicher auf einem Wahlplakat mit der Formulierung »Gute Heimreise« über Frauen in langen Mänteln und Kopfrüchern hieß. Mit Blick auf den Einsatz von ›Vielfalt‹ lässt sich festhalten, dass bei der NPD im Vergleich zu konservativen Strömungen die Vision eines ›ethnischen Pluriversums‹ in Reinform vorhanden ist. Für die Einordnung dieser vor allem in der Zivilgesellschaft wirkenden Strömung entscheidend ist nun Folgendes: In linksliberalen Diskussionen, die sich gegen die auf dem Extremismus-Modell basierende Reduktion des Rechtsextremismus auf ›Randphänomene‹ jenseits einer davon unberührten ›demokratischen Mitte‹ richten, wird oft auf ›Schnittmengen‹ mit Denkweisen oder Politikelementen in konservativen, rechtsliberalen und sozialdemokratischen Strömungen verwiesen.¹⁶ Diese Sichtweise geht jedoch daran vorbei, dass der Ethnopluralismus im Rechtsextremismus – anders als im Konservatismus, s. o. – nicht als Integrationsdynamik in den trans-nationalen Kapitalismus fungiert, sondern sich gegen den politisch-ökonomischen neoliberalen Block wendet. »Nur wenige Wochen nach [Voigts] Amtsantritt starteten NPD und JN eine Kampagne ›Gegen System und Kapital, unser Kampf ist national!‹. [...] Fast monatlich erschien die *Deutsche Stimme* nun mit einer sozialpolitischen Schlagzeile auf der Titelseite: [wie] ›Großkapital vernichtet weitere Arbeitsplätze.« (Staud 2006, 69) Die NPD greift die subjektiv als Politikverdrossenheit in Bezug auf alle etablierten Parteien virulente Repräsentationslücke auf und versucht, sie gezielt zu vertiefen: Alle demokratischen Parteien werden als ›Systemparteien‹ angegriffen, die das neoliberale Projekt durchgesetzt und zu verantworten haben, deshalb gegen die Interessen der *deutschen* Mehrheit verstoßen, ergo undemokratisch sind. Anders als Gerd Wiegel (2006, 79) meine ich nicht, dass der NPD-Strategie mit Blick auf die

16 Dafür lassen sich gute Argumente auf der Ebene personeller Kontakte von Funktionären, inhaltlicher Konvergenzen von Diskursen und ›Einstellungen‹ von Mitgliedern bzw. Anhängern finden.

adressierten sozialen Schichten eine ›Catch-all‹-Option zugrunde liegt, sondern dass ihr Angebot sich primär an die von Prekarisierung in besonderem Maße Betroffenen richtet, sie also einen Gegenrassismus ›von unten‹ im Rahmen der von Haug postulierten negativen Dialektik zu organisieren versucht. Anhaltspunkte dafür sind die oben skizzierte politisch-strategische Ausrichtung in der Phase der ›Krise der Repräsentation‹ sowie der ›nationale Gerechtigkeitsdiskurs‹, mit dem sich die Partei nach außen an breitere Bevölkerungsschichten wendet. Diese These lässt sich anhand von Studien über Zusammenhänge zwischen Prekarisierung und der Entstehung ›rechter‹ Denkweisen plausibel machen. Zugleich werden mögliche Verbindungslinien zwischen individuellem Denken/Handeln in rassistischen Formen und der trans-nationalen Produktionsweise deutlich.

Subjekte zwischen rechtsextremer Revolte und rechtspopulistischem Konformismus

Dörre (2006) fächert im Anschluss an Robert Castel die gegenwärtige Arbeitswelt in drei Zonen auf: die der Integration »mit formal gesicherten Normbeschäftigungsverhältnissen«, die der Prekarität »mit heterogenen Beschäftigungsformen, die sich allesamt dadurch auszeichnen, dass sie oberhalb des kulturellen Minimums nicht dauerhaft existenzsichernd sind«, und die der Entkoppelung, in der »sich die von regulärer Erwerbsarbeit Ausgeschlossenen« (153) befinden. Prekarisierung wird hier nicht schematisch, sondern dynamisch verstanden: Die »Zonen der Arbeitsgesellschaft [verhalten] sich zueinander wie ein System kommunizierender Röhren«, insofern »die Abstiegsängste formal integrierter Gruppen einen wesentlichen Kristallisationspunkt von Prekarität bilden« und »der disziplinierende Druck, der von den Entkoppelten und Prekariern ausgeht, die pathologischen Seiten moderner Arbeitsformen [der Integrierten] miterzeugt« (162). Dass »rechtspopulistische Orientierungen weder ein exklusives Phänomen der ›Gesicherten‹ noch der ›Prekariere‹ sind, vielmehr »in allen Positionen und Lagen« (157) entstehen, scheint zunächst für die ›Catch-all‹-These zu sprechen, bei näherem Hinsehen zeigen sich jedoch die angesprochenen Unterschiede.

Die generelle psychische Befindlichkeit der ›Ausgegrenzten und Prekariere‹ geht nicht mit dem neoliberalen Umbau konform, sondern schwankt »zwischen Resignation und imaginärer Revolte«, in der sich Protest »gegen ›die da oben‹ wie gegen ›fremd‹ und ›anders‹« (160) mischt. Jörg Flecker und Gudrun Hentges beschreiben die Bildung solcher Denkformen: »Häufig nähren die Erfahrungen im Arbeitsalltag und die Umstrukturierungen im Unternehmen das Gefühl, dass ›die da oben‹ [die ökonomischen und politischen Eliten, KR] [...] nicht über die konkrete Arbeitssituation Bescheid wissen und nur auf ihren eigenen Vorteil bedacht sind.« (2006,

132) Spontan entsteht die »Gegenüberstellung ›des Volkes‹ mit ›den Eliten‹« (ebd.). Dabei ist mit »Volk« hier nicht der ethnisch homogene Volkskörper gemeint, sondern das »Milieu, ›in dem sich die Menschen ihren Lebensunterhalt korrekt verdienen, ohne sich weiß Gott was leisten zu können.« (Herr Bollinger, pensionierter Abteilungsleiter, Schweiz)« (ebd.). Das Politikangebot der NPD greift Befindlichkeiten von Ausgegrenzten und Prekariern auf und versucht, die in diesen Lebenslagen spontan entstehenden Denkformen vollständig ideologisch um- und in ihre rechtsextreme Anti-Globalisierungsströmung einzuarbeiten. Sie vertieft die als Politikverdrossenheit in Erscheinung tretende Krise der Repräsentation und verspricht mit ihrem reinen Ethnopluralismus »Zugehörigkeit jenseits von Wettbewerb« (Kaindl 2006, 67), Integration auf dem Ticket des ›Ethnisch-deutsch-Seins‹, nicht aufgrund von Leistung.

Integrierte Arbeitnehmer/innen »mit kontrollierenden Tätigkeiten« stellen eher einen Teil der mit Varianten des neoliberalen Umbaus *konformen* sozialen Basis, denn sie zeichnen sich »durch eine affirmative Haltung zum marktzentrierten Umbau des Wirtschafts- und Gesellschaftsmodells der Bundesrepublik aus« (Dörre 2006, 161). Subjektiv sehen sie sich »überwiegend mit einem erheblichen Problemdruck konfrontiert« (ebd.), nehmen dies aber als Herausforderung an. In solchen Lebenslagen entstehen Dynamiken, die mit dem Neorassismus oder einem konservativen Rechtspopulismus konvergieren könnten: »Je größer der Leistungs- und Anpassungsdruck ist und je vorbehaltloser entsprechende Normen erfüllt werden, desto vehement er verlangt man dies von anderen.« (Ebd.) »Integration – etwa von Ausländern – ist dann nur noch als Assimilation denkbar, als nahtlose Anpassung an die Mehrheitsgesellschaft«, und wer nicht mithält, »läuft Gefahr, als nicht integrationsfähig, mithin ausgrenzbar, abqualifiziert zu werden« (ebd.).

Ein zwischen rechtsextremer Revolte und rechtspopulistischem Konformismus schwankendes Segment dürfte bei den »formal integrierten Beschäftigten« *mit Abstiegsängsten* zu finden sein. Ressentiments werden hier »gezielt als Mittel in der Konkurrenz um Ressourcen und gesellschaftlichen Status eingesetzt«; »einig sind sich die Betroffenen darin, dass Zuwanderung Arbeitsplatzverluste für Deutsche bedeutet, deutschen Staatsbürgern Kosten verursacht und die Lebensqualität schmälert« (160). Insbesondere dort, wo die NPD keine wählbare Alternative darstellt (wie in Hessen und NRW), scheint es mit der in den Ethnopluralismus schillernden CDU/CSU-Oppositionsstrategie gegen ein ›rein‹ neoliberales Migrationsregime zu gelingen, Teile jener Bevölkerungsschichten ins neoliberale Projekt einzubinden.

Zwischen-Resümee

Zurück zum Ausgangspunkt: Die versuchsweise Aufschlüsselung der Einbindung von *Vielfalt* in die Produktionsweise und deren Zusammenhänge mit individuellem Denken/Handeln sollte zeigen, in welchen Widersprüchen sich pädagogisches Handeln bewegt, wenn es mit Diversity-Pädagogik Rassismen bekämpfen will (oder: soll). Daher die Probe, ob Haugs These einer aus gegensätzlichen Reklamationen von Vielfalt sich speisenden negativen Dialektik aus Neo- und Gegenrassismus auch für deutsche Verhältnisse analytische Kraft hat, ob sie modifiziert oder verworfen werden muss. Folgende Resultate scheinen mir weiterführend zu sein: Es lassen sich Anfänge von Kampagnen meta-ethnischer Unternehmensführung und damit ein Element einer neorassistischen Tendenz identifizieren. Allerdings sind diese vor allem von rot-grün und alliierten Kapitalfraktionen getragenen Strategien innerhalb des neoliberalen Blocks umstritten, Kompromisse beruhen auf der Mobilisierung eines faktisch integrierend wirkenden Gegenrassismus (CDU/CSU-Ethnopluralismus). Jenseits des neoliberalen Blocks aus Konservativen, Liberalen und Sozialdemokraten mobilisiert die NPD mit ähnlichen Themen *gegen* den trans-nationalen Kapitalismus. Angesichts dieser Konstellationen scheinen Diversity-Strategien das progressive Moment auf ihrer Seite zu haben, weil sie für die Durchsetzung von Gleichberechtigung wenigsten in Teilbereichen zu streiten versuchen – von Frauen mit Männern, von Schwulen/Lesben mit Heterosexuellen, von Migrant/innen mit Deutschen usw. Tatsächlich geht es allerdings nicht um gleiche Rechte, sondern ums Versprechen auf Chancengleichheit der Vielen. Dessen beschwiegene Kehrseite liegt in der Produktion einer ›leistungsunfähigen‹ Überschussbevölkerung, deren ›ethnisches‹ Teil rechtspopulistische und rechtsextreme Strömungen zu mobilisieren versuchen. Solange antirassistische Pädagogik die Vision einer pluralen Gesellschaft nicht mit einer Kritik der Produktionsweise verbindet, verfehlt sie die *Begründungszusammenhänge* ethnopluralistischer Denk- und Praxisformen und macht sich, wenn nicht gar einem keimenden Neorassismus, so doch einer Elitenbildung dienstbar. Anders formuliert: Als kulturelle Seite der Liberalisierung/Privatisierung von Staat und Gesellschaft gehört der Diversity-Diskurs zu einer Strömung, die (vermittelt über ideologische Umarbeitung durch CDU/CSU und Rechtsextremismus) eben jene anti-pluralen Gegenrassismen produziert, deren standortschädigende Auswüchse dann mit einer Pädagogik der Vielfalt eingedämmt werden sollen. Diversity-Pädagogik darf sich also nicht auf die abstrakt-kulturelle Schiene abdrängen lassen, sondern muss die Zusammenhänge zwischen Differenzen und der Produktionsweise aufgreifen. Dann könnte sie zum Experimentierfeld der Reklamation von Vielfalt in der Perspektive eines pluralen Universalismus »von unten« werden. Wie sich anti-rassistisch intendierte Diversity-Pädagogik zu diesen Konstellationen verhält, soll

nun Gegenstand der abschließenden Betrachtungen sein. Im Zentrum steht die Frage, ob gängige Praxistheorien und didaktische Anordnungen geeignet sind, Zusammenhänge zwischen rassistischen Denk-/Praxisformen mit der Produktionsweise und damit auch die in ideologischen Anordnungen begründeten Interessen (Gegensätze) zum Thema zu machen.

Diversity-pädagogische Praxistheorien und didaktische Anordnungen

Im Unterschied zum pädagogischen Mainstream geht kritische Bildungsarbeit davon aus, dass anti-emanzipatorische Strömungen durch die Veränderung des Denkens (vieler) Einzelner ohne Bezug zu dessen Reproduktion in Staat und Gesellschaft nicht zu bekämpfen sind. In der Praxis wird der Fokus allerdings »doch wieder auf individuelle Einstellungen« gelegt, »ohne diese in Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Rahmenbedingungen zu thematisieren« (Reindlmeier 2006, 27f). Diese Reduktion resultiert aus verkürzten Praxistheorien und wird auch in didaktischen Anordnungen (im Folgenden: »Methoden«) reproduziert. Beides möchte ich nun zeigen.

Zur Lösung der Frage, wie der Zusammenhang von Individuum und Gesellschaft mit Bezug auf Rassismen zu denken wäre, bezieht sich kritische Bildungsarbeit auch auf Klaus Holzkamp (1997 [1994]) (vgl. Elverich/Reindlmeier 2006; Kalpaka 2003). In der Rezeption geraten jedoch entscheidende Gedankengänge aus dem Blick, die ich an dieser Stelle hervorheben möchte. Aus Holzkamps Sicht ist für den »Erfolg« antirassistischer Bildungsarbeit entscheidend, wie »der pädagogisch vermittelte Lerngegenstand [...] konstruiert wird«, und zwar nicht, um einer »umfassenden« Behandlung des Gegenstandes gerecht zu werden, sondern weil davon abhängt, ob es *im Interesse* der Lernenden sein kann, »die pädagogische Lernanforderung als ihre eigene Lernproblematik engagiert zu übernehmen«, oder ob sie, »wo immer die Möglichkeit dazu besteht – ausweichen oder gar Widerstand entgegensetzen werden« (1997, 283). Die Erfahrung, dass Teilnehmer/innen von Bildungsangeboten diesen Widerstände entgegensetzen, indem sie tuscheln, sich mit ihrem Handy beschäftigen, gelangweilt in die Luft starren etc., dürfte Bildungsarbeiter/innen geläufig sein. Die Gründe werden in Bildungsferne, mangelnder Angemessenheit der Methoden, dynamischen Beziehungen zwischen Lehrenden und Lernenden, organisatorischen Rahmenbedingungen, Widerstand aufgrund verfestigter rassistischer, homophober etc. Denkweisen verortet. Diese Hypothesen sind sinnvoll, gehen aber daran vorbei, dass »Lernstörungen«, soweit sie »bereits im Lerngegenstand begründet« sind, »durch keinerlei Didaktik oder Unterrichtsmethodik mehr geheilt werden« (ebd.) können.

Vor *diesem* Hintergrund kommt Holzkamp zu dem Schluss, dass das Operieren mit Konzepten wie Vorurteil/Einstellung problematisch ist. Deren Genese wird im wissenschaftlichen Kontext als Resultat von ›Sozialisation‹ gefasst, in gängigen Methoden als »gelernte feste Schemata und Modelle oder auch Prototypen (›Frames‹ und ›Scripts‹)«, die »sozial und ›vorgegeben‹« sind und »von Menschen im Verlauf ihrer Sozialisation angeeignet« (287) werden. So erscheint »der Rassismus, der doch ein Problem je gegenwärtiger Beziehungen zwischen Menschen ist, in seinem Entstehungszusammenhang verjährt« (283) zu sein, in jedem Fall wird die konkrete *Begründetheit* individuellen Denkens/Handelns *in* jenen oben aufgezeigten *Bedeutungskonstellationen* zu ›irgendwie‹ erlernten ›Einstellungs-Vorurteils-Schemata‹ verflüchtigt. Lernwiderstände resultieren dann daraus, dass den Lernenden »kein eigentlicher Lerngegenstand angeboten« wird, »bezüglich dessen sie entscheiden können, ob seine Aneignung in ihrem Interesse ist oder nicht«; vielmehr werden sie »selbst zum Gegenstand gemacht: Ihre Vorurteile, ihre Einstellungen, also sie selbst sollen geändert werden.« (284)

Zur Vermeidung dieses Dilemmas ist bis heute der Versuch weit verbreitet, mit dem Schlagwort ›institutioneller/struktureller Rassismus‹ »auf jene gesellschaftlich-institutionellen Bedingungen« (287) zuzugreifen. Wenig Beachtung findet dabei Holzkamps bzw. Osterkamps Diagnose, dass das Problem mit diesem Konzept zwar gestellt, aber nicht gelöst ist, weil es »meist [...] in höchst abstrakter, von den konkreten Bedingungen und Menschen abgehobener Art und Weise verhandelt« wird, »so dass der Bezug zum individuellen Handeln [...] weitgehend verloren geht« (Osterkamp 1992a, 141)« (ebd.). Um den Zusammenhang zwischen individuellem Denken/Handeln und ›Gesellschaft‹ konkret zu begreifen, wären die von mir eingangs skizzierten Konstellationen »in ihrer den Individuen zugekehrten Seite als ›gesellschaftliche Bedeutungsstrukturen‹ aufzufassen – d. h. als bestimmte verallgemeinerte Handlungsmöglichkeiten und Handlungsbeschränkungen, die von den Individuen übernommen, aber auch in bewusstem ›Verhalten‹ dazu reflektiert und verändert werden können« (289). Die ›erste und wesentliche Konsequenz‹ dieser begründungstheoretischen Herangehensweise für die Bildungsarbeit bestünde darin, dass es nicht mehr um die »Änderung von rassistischen Einstellungen« der Teilnehmer/innen ginge, »die damit als bloße Erziehungsobjekte gefasst« wären, sondern darum, »die *spezifische Beziehung* des Lernsubjekts zu den institutionell-rassistischen Diskursen in jedem Stadium« (294) zu begreifen, also die konkret-geschichtlichen Konstellationen samt ideologisch formierten Interessen(gegensätzen) als Medium subjektiver Denk- und Handlungsweisen zum *Lerngegenstand* zu machen. Insofern rassistische, homophobe etc. Denk- und Handlungsweisen in diesen gesellschaftlichen Verhältnissen *subjektiv begründet* sind, könnten die Teilnehmer/innen lernend begreifen, welche Handlungsmöglichkeiten und -behinde-

rungen in ihnen be-/entnannt sind. Die Struktur gängiger Methoden führt auch kritisch intendierte Bildungsarbeit allerdings in eine andere Richtung.

Karin Reindlmeier (2006) identifiziert als gemeinsamen Nenner diversity-pädagogischer Ansätze: Weil »Heterogenität konstitutiv für die gesellschaftliche Wirklichkeit« ist, gehört »jedes Individuum verschiedenen sozialen Gruppen« an, ist also »in Bezug auf bestimmte Differenzen ›anders« und macht unterschiedliche »Erfahrungen von Diskriminierung und Ausschluss« (25). Um Diskriminierung abzubauen, soll Angehörigen von Dominanzgruppen »die Selbstreflexion dieser Zugehörigkeiten und den damit verbundenen Erfahrungen« (ebd.) ermöglicht werden. Eine gängige Strategie besteht darin, die subjektive Akzentuierung einer spezifischen Praxisform (Deutsch, Weiß etc.) zu dezentrieren, indem die Vielfalt individueller »Zugehörigkeiten« bewusst gemacht wird. So soll der Gedanke »von uneindeutigen, widersprüchlichen und sich in Bewegung befindenden Identitäten« gestärkt und »der verbreiteten (impliziten) Vorstellung von Identitäten als etwas Festem und Stablen entgegen« (33) gewirkt werden. Unbefragt bleibt jedoch, worin subjektive Akzentuierungen einer bestimmten Praxisform begründet sind, warum diese bestimmte Interessen bedient, deren Widersprüche aber ausblendet.

Soweit Widersprüche von Ausgrenzungspraktiken thematisiert werden, geschieht dies mit dem Ziel, durch Perspektivenübernahme Empathie für Diskriminierte zu evozieren. Mit entsprechenden Methoden werden Ausgrenzungssituationen hergestellt und die Betroffenen anschließend über ihre (in der Regel: negative) Befindlichkeit befragt. Das Lernziel ist in etwa das Folgende: »Du hast erfahren, welche emotionale Befindlichkeit Ausgrenzung bei Betroffenen bewirkt. Wenn du dasselbe Gefühl nicht bei anderen in der Realität durch rassistische, homophobe etc. Äußerungen und Handlungsweisen hervorrufen möchtest, unterlasse dies in Zukunft.« In der Praxis scheinen solche Strategien insofern zu »funktionieren«, als Teilnehmer/innen signalisieren, die Konsequenzen (ihres) ausgrenzenden Verhaltens auf andere verstanden zu haben und dies unterlassen zu wollen. Dieser pädagogische Erfolg basiert allerdings auf der aktiven Ausblendung des Zusammenhangs zwischen der subjektiven Akzentuierung von (ideologisch formierten) Prämissen in gesellschaftlichen Verhältnissen mit ihren Interessengegensätzen und Widersprüchen.

Die Ausblendung von »Gesellschaft« wird auch durch die Vorstellung verstärkt, dass außerschulische Bildungsarbeit »Wert auf einen erfahrungsorientierten Zugang« legen sollte, wobei »die Vermittlung von Theorie und kognitivem Wissen« (25) in den Hintergrund rückt: »Erfahrung« wird mit Emotionalität verwoben und in einen Gegensatz zu Kognition/Wissenserwerb gebracht. Damit gerät auch kritisch intendierte Bildungsarbeit ins Fahrwasser der »Dissoziation der Emotionen von den realen [...] Lebensbedingungen, deren subjektive Wertung sie sind«

(Holzkamp 1983, 404). Zwar ist die »Unmittelbarkeit personaler Erfahrung [...] weder in Zweifel zu ziehen noch zu hintergehen, sie ist aber hinterfragbar«, weil es »[k]eine Erfahrung [...] ohne vermittelnde Kategorien, ohne vermittelndes Weltwissen« gibt (Markard 2000, 17f). Erfahrung ist immer Erfahrung von Etwas, sie wird in mehr oder weniger weit reichenden emotionalen und Denk-Formen *gemacht*. So wird im Falle von Ausgrenzungsübungen in der Auswertung »erfahrbar gemacht«, dass Ausgrenzung – und hier kommen »Kategorien« ins Spiel – ggf. deshalb dysfunktional ist, weil man selbst nicht gerne in der Rolle der Ausgegrenzten wäre. In der pädagogischen Praxis selbst besteht also kein Gegensatz zwischen »Erfahrung« und Kognition. Dasselbe gilt für das Verhältnis von Emotion und Kognition. Zwar können Erfahrungen aufgrund der relativen Verselbständigung der psychischen Funktionsaspekte subjektiv eher kognitiv oder eher emotional wertend in Erscheinung treten. Es wäre aber fatal, Gefühle davon abzukoppeln, »was sie über die Lebensbedingungen des Individuums wirklich »aussagen« und diese »Verdrängungsleistung [...] als Qualität besonderer »Tiefe« des personalen Erlebens« (Holzkamp 1983, 404) zu mystifizieren. In der pädagogischen Praxis steht auch Emotion nicht im Gegensatz zu Kognition: Nur über mit bestimmten »Kategorien« operierende, während des Ausgrenzungs-Rollenspiels intrapersonal oder in der pädagogischen Auswertung ablaufende »kognitive« Reflexion *erfahren* die Teilnehmer/innen, was ihr dumpfes Gefühl bedeuten könnte. Wiederum kommt es auf die Art und Weise der »kategorialen« Vermittlung an. Dabei wäre auch zu beachten, dass die Konzentration auf interpersonale bzw. Gruppenbeziehungen *deren* Gesellschaftlichkeit ausblendet: »Die Gesellschaft ist zwar ein reales System, durch das die Lebenserhaltung des Einzelnen vermittelt ist; Gesellschaft als System ist aber für sich genommen kein anschaulicher, unmittelbarer Erfahrungstatbestand« (Markard 2000, 18; Herv. entf., KR), sondern muss unter Bezug auf Bedeutungsanalysen in den Bildungsprozess hineingeholt werden. Von da aus wären ethnopluralistische etc. Denkweisen (von Teilnehmer/innen) als in diesen Verhältnissen nahe gelegte, restriktiv-begründete erkennbar. Die Perspektive bestünde darin, mögliche Prämissen-Umakzentuierungen aufzuzeigen, die als subjektiv begründet übernommen werden *könnten*, insofern man mit der Reproduktion ideologischer Formen nicht widerspruchsfrei »auf der Seite der Sieger« (Holzkamp 1997, 294) steht.

Resümee

Angesichts der Tradition kritisch-psychologischer Praxisforschung sollten meine Anmerkungen zu einigen Dilemmata kritischer Bildungsarbeit nicht so verstanden werden, als ob sie aus individuell zu verantwortenden Unzulänglichkeiten der Praktiker/innen resultierten. Morus Markard (2000, 14) paraphrasierend gilt, dass

›individuelle pädagogische Kompetenz nicht unabhängig von der Relevanz ihrer wissenschaftlichen Referenzdisziplinen¹⁷ konzeptualisiert werden kann; tut man dies, findet eine ›gut bürgerliche‹ Personalisierung statt: Probleme des Fachs werden zu Unzulänglichkeiten der Praktiker gemacht und diesen in die Schuhe geschoben.«
 Gegen die Unzulänglichkeiten der Referenz-Disziplinen antirassistischer/interkultureller Bildungsarbeit anzuarbeiten und Perspektiven emanzipatorischer Praxis aufzuzeigen, war Sinn und Zweck dieses Beitrags. Die entscheidende Aufgabe kritischer Diversity-Pädagogik besteht vor diesem Hintergrund darin, Konzepte und Bildungspraxen zu entwickeln, die die widersprüchlichen Zusammenhänge der Kategorien des AGG (als Denk- und Praxisformen) mit der Produktionsweise herstellen. Leistet antirassistisch intendierte Bildungsarbeit dies nicht, verfängt sie in der »politisch richtigen« Abwehr von Varianten des Ethnopluralismus/Rassismus im Namen von *corporate diversity* im Vorfeld des Neorassismus; »richtig politisch« (Haug) wäre das – entgegen dem eigenen Anspruch – nicht.

Literatur

- Balibar, Etienne, 1998 [1988]: Gibt es einen Neorassismus? In: Ders. u. I. Wallerstein, *Rasse, Klasse, Nation. Ambivalente Identitäten*, Argument Hamburg, 23–38
- Becker, Julia, Ulrich Wagner und Oliver Christ, 2007: *Nationalismus und Patriotismus als Ursache von Fremdenfeindlichkeit*, http://www.uni-bielefeld.de/ikg/Feindseligkeit/Ergebnisse_Nationalismus_2006.pdf [10.5.2008]
- Bericht der unabhängigen Kommission »Zuwanderung«, 2001: http://www.integration.nrw.de/publikationen/Weitere_Publikationen/Suessmuth_Kommission/index.php [8.4.2008]
- BMFSJ – Bundesministerium für Familie, Senioren und Jugendliche, 2007: *Bundesprogramm Jugend für Vielfalt, Toleranz und Demokratie – gegen Rechtsextremismus, Fremdenfeindlichkeit und Antisemitismus. Leitlinien zum Programmbereich »Modellprojekte: Jugend, Bildung und Prävention«*, http://www.vielfalt-tut-gut.de/content/e4458/e4478/Leitlinie_Modellprojekte.pdf [10.5.2008]
- Candeias, Mario, 2004: *Neoliberalismus, Hochtechnologie, Hegemonie. Grundrisse einer transnationalen kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Eine Kritik*, Argument Hamburg
- Charta der Vielfalt, 2006: <http://www.charta-der-vielfalt.de/> [10.5.2008]

17 Ihre fachlich-konzeptionellen Grundlagen bezieht Bildungsarbeit u. a. aus Erziehungs- und Politikwissenschaften, Soziologie und Psychologie.

- Dörre, Klaus, 2006: Prekarisierung der Arbeitsgesellschaft – Ursache einer rechts-populistischen Unterströmung? In: P. Bathke u. S. Spindler (Hg.): *Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa*, Dietz Berlin, 153–166
- Elverich, Gabi, und Karin Reindlmeier, 2006: »Prinzipien antirassistischer Bildungsarbeit« – ein Fortbildungskonzept in der Reflexion. In: Dies. u. A. Kalpaka (Hg.): *Spurensicherung – Reflexion von Bildungsarbeit in der Einwanderungsgesellschaft*, Verlag für Interkulturelle Kommunikation Frankfurt/M-London, 27–62
- fzs – freier Zusammenschluss von studentinnenschaften, 2008 [2005]: *Die Existenz sozialverträglicher Studiengebühren kann weder empirisch noch theoretisch nachgewiesen werden*, http://www.fzs.de/themen/studiengebuehren/gebuehren_hintergrund/1079 [10.5.2008]
- Haug, Wolfgang Fritz, 1986: *Faschisierung des Subjekts*, Argument Hamburg
- Ders., 2000 [1992]: Zur Dialektik des Antirassismus. In: N. Rätzhel (Hg.), *Theorien über Rassismus*, Argument Hamburg, 74–103
- Hall, Stuart, 2000 [1989]: Rassismus als ideologischer Diskurs. In: N. Rätzhel (Hg.), *Theorien über Rassismus*, Argument Hamburg, 7–16
- Herbert, Ulrich, 1999: *Fremdarbeiter. Politik und Praxis des ›Ausländer-Einsatzes‹ in der Kriegswirtschaft des Dritten Reiches*, Dietz Bonn
- Hentges, Gudrun, und Jörg Flecker, 2006: Die Sirenen-Gesänge des europäischen Rechtspopulismus. In: P. Bathke u. S. Spindler (Hg.), *Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa*, Dietz Berlin, 122–147
- Holzkamp, Klaus, 1983: *Grundlegung der Psychologie*, Campus Frankfurt/M-New York
- Ders., 1997 [1994]: Antirassistische Erziehung als Änderung rassistischer »Einstellungen«? – Funktionskritik und subjektwissenschaftliche Alternative. In: ders., *Schriften I. Normierung, Ausgrenzung, Widerstand*, Argument Hamburg, 279–299
- Kaindl, Christina, 2006: Antikapitalismus und Globalisierungskritik von rechts – Erfolgskonzepte für die extreme Rechte? In: P. Bathke u. S. Spindler (Hg.), *Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa*, Dietz Berlin, 60–75
- Kalpaka, Anita, 2003: Stolpersteine und Edelsteine in der interkulturellen und antirassistischen Bildungsarbeit. In: W. Stender, G. Rohde u. Th. Weber (Hg.), *Interkulturelle und antirassistische Bildungsarbeit. Projekterfahrungen und theoretische Beiträge*, Brandes und Apsel Frankfurt/M, 56–79
- Karakayali, Serhat, und Vassilis Tsianos, 2002: Migrationsregimes in der Bundesrepublik Deutschland. Zum Verhältnis von Staatlichkeit und Rassismus. In: M.

- Bojadzije u. A. Demirovic (Hg.), *Konjunkturen des Rassismus*, Westfälisches Dampfboot Münster, 246–267
- Krüger-Potzratz, Marianne, 2005: Migration als Herausforderung für Bildungspolitik. In: R. Leiprecht u. A. Kerber (Hg.), *Schule in der Einwanderungsgesellschaft. Ein Handbuch*, Wochenschau Verlag Schwalbach, 56–82
- Leiprecht, Rudolf, und Helma Lutz, 2005: Intersektionalität im Klassenzimmer: Ethnizität, Klasse, Geschlecht. In: R. Leiprecht u. A. Kerber (Hg.), *Schule in der Einwanderungsgesellschaft. Ein Handbuch*, Wochenschau Verlag Schwalbach, 218–234
- Markard, Morus, 2000: Praxisausbildung im Studium oder die Frage nach den Umständen, unter denen man aus Erfahrung klug werden kann. In: ders. u. ASB, *Kritische Psychologie und studentische Praxisforschung*, Argument Hamburg, 9–27
- Miles, Robert, 2000 [1989]: Bedeutungskonstitution und der Begriff des Rassismus. In: N. Rätzkel (Hg.), *Theorien über Rassismus*, Argument Hamburg, 17–33
- Ders., 1991: *Rassismus. Einführung in die Geschichte und Theorie eines Begriffs*, Argument Hamburg
- Morgenstern, Christine, 2002: *Rassismus – Konturen einer Ideologie. Einwanderung im politischen Diskurs der Bundesrepublik Deutschland*, Argument Hamburg
- Nieke, Wolfgang, 2000: *Interkulturelle Erziehung und Bildung. Wertorientierung im Alltag*, Leske + Budrich Opladen
- Priester, Karin, 2003: *Rassismus. Eine Sozialgeschichte*, Reclam Leipzig
- Rehmann, Jan, 2004: Ideologietheorie. In: W.F. Haug (Hg.), *Historisch-kritisches Wörterbuch des Marxismus, Band 6/I*, Argument Hamburg, 717–757
- Reindlmeier, Karin, 2006: »Wir sind doch alle ein bisschen diskriminiert!« Diversity-Ansätze in der politischen Bildungsarbeit, in: *Widersprüche* 104, 25–36
- Reißlandt, Carolin, 2002: Kontroversen über Zuwanderung: Migrations- und Integrationspolitik unter neuen Vorzeichen? In: Chr. Butterwegge, J. Cremer, A. Häusler, G. Hentges, T. Pfeiffer, C. Reißlandt u. S. Salzborn (Hg.), *Themen der Rechten, Themen der Mitte. Zuwanderung, demografischer Wandel und Nationalbewusstsein*, Leske + Budrich Opladen, 11–42
- Stanat, Petra, Cordula Artelt, Jürgen Baumert, Eckhard Klieme, Michael Neumann, Manfred Prenzel, Ulrich Schiefele, Wolfgang Schneider, Gundel Schümer, Klaus-Jürgen Tillmann und Manfred Weiß, 2000: *PISA 2000. Die Studie im Überblick. Grundlagen, Methoden Ergebnisse*, http://www.mpib-berlin.mpg.de/pisa/PISA_im_Ueberblick.pdf [10.5.2008]

-
- Statistisches Bundesamt, 2006: *Datenreport 2006. Zahlen und Fakten über die Bundesrepublik Deutschland. Auszug aus Teil I*, <http://www.destatis.de/jetspeed/portal/cms/Sites/destatis/Internet/DE/Content/Publikationen/Querschnittsveroeffentlichungen/Datenreport/Downloads/1ErwArbeitslos,property=file.pdf> [10.5.2008]
- Staud, Toralf, 2006: *Moderne Nazis. Die neuen Rechten und der Aufstieg der NPD*, Kiepenheuer und Witsch Köln
- Stuber, Michael, 2005: *Diversity: Mode oder Muss?*, http://www.migration-boell.de/web/diversity/48_337.asp [10.5.2008]
- Wiegel, Gerd, 2006: Moderner Rechtsextremismus Fehlanzeige? Volksgemeinschaft und »Antikapitalismus« als Erfolgskonzepte der NPD. In: P. Bathke u. S. Spindler (Hg.): *Neoliberalismus und Rechtsextremismus in Europa*, Dietz Berlin, 76–83